

Bei Ausschreibungen der Posten an den Gerichten will man künftig bei gleicher Qualifikation Personen bevorzugen, die auch des Slowenischen mächtig sind.

Sonderlösung für zweisprachige Bezirksgerichte

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, 18. 6. 2026)

Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) hat am Donnerstag in der Debatte um die Schließung von Bezirksgerichten eine Sonderlösung für die drei zweisprachigen Standorte in Kärnten präsentiert. Demnach wird der Standort Ferlach/ Borovlje mit jenem in Klagenfurt/ Celovec zusammengeschlossen und die Gerichte in Bleiburg/ Pliberk und Bad Eisenkappel/ Železna Kapla mit jenem in Völkermarkt/ Velikovec.

Gerichtstage finden jedoch auch an den Ursprungsorten statt. Sporrer begründete die Maßnahme in einer Pressekonferenz damit, dass sich nach einer Pensionierung für zwei der Standorte kein Richter gefunden habe, der einen dieser Dienstorte einnehmen habe wollen.

Durch die Zusammenlegung mit Klagenfurt/ Celovec, dessen Renovierung im Übrigen priorisiert wird, und Völkermarkt/ Velikovec ergeben sich auch Vorteile, weil etwa eine Spezialisierung der Richterinnen und Richter möglich sei. Bei Ausschreibungen der Posten an den Gerichten will man künftig bei gleicher Qualifikation Personen bevorzugen, die auch des Slowenischen mächtig sind.

Bei der Pressekonferenz legten Sporrer und Kanzleramtsministerin Claudia Bauer (ÖVP) ein Bekenntnis zu den Volksgruppen ab, deren rechtliche Stellung noch gestärkt werden soll. Wie Bauer ankündigte, werden nach der slowenischen und der kroatischen nun auch die tschechische, die ungarische und die slowakische Volksgruppe sowie jene der Roma in der Verfassung verankert. Ihre Rechte waren bisher nur per Verordnung gewährleistet.

Weiters kündigte Bauer die Einrichtung eines Volksgruppen-Forums an. Dieses soll einen strukturierten Diskussionsrahmen bieten, wo Verbesserungen für die Volksgruppen notwendig sind.

Bezirksgerichte-Zusammenlegung

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 17. 6. 2026)

Kleinere Bezirksgerichte könnten künftig Einsparungen in der Justiz zum Opfer fallen. Dienstag wurden auch drei Standorte in Kärnten kolportiert – Eisenkappel/ Železna Kapla, Ferlach/ Borovlje und Hermagor/ Šmohor. Österreichweit wird über elf Standorte diskutiert, die Gegenstand der Verhandlungen der koalitions Partner sind.

Den Budgeteinsparungen könnten künftig kleinere Bezirksgerichte zum Opfer fallen. Die Maßnahme wurde zuletzt mehrfach kolportiert, am Mittwoch berichtete die „Tiroler Tageszeitung“ über Verhandlungen in diese Richtung. Gegenüber der APA bestätigte das Büro der zuständigen Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) die Gespräche innerhalb der Koalition, betonte aber: „Eine finale Einigung oder Standortliste liegt nicht vor und ist noch Gegenstand von Verhandlungen.“

Das Doppelbudget 2027/28 bringt im Justizbereich bereits zum zweiten Mal hintereinander keine Aufstockung bei den Planstellen. Eine leichte Entlastung der erstinstanzlichen Gerichte dürfte eine Zuständigkeitsverschiebung in der Strafprozessordnung bringen, durch die Verfahren von Schöffengerichten zu Einzelrichtern wandern. Für den Strafvollzug sind kaum Zusatzmittel vorgesehen, Kürzungen sind offenbar bei den Mitteln für die Bewährungshilfe geplant. Kritik an dem kommenden Justizbudget äußerten zuletzt der Verein Neustart sowie erst am Montag die Spitzen der vier Oberlandesgerichte in Österreich.

Der Präsident des Richtervereinigung, Gernot Kanduth – gebürtiger Klagenfurter – äußerte am Abend in der Fernsehsendung „Report“ seine Enttäuschung darüber, dass er nicht in die Beratungen einbezogen worden sei. Die Schließung der Gerichte könnte zwar Kosten einsparen, dennoch müssten die Fälle weiterhin verhandelt werden, sagte Kanduth.

Der Präsident des Richtervereinigung, Gernot Kanduth – gebürtiger Klagenfurter – äußerte am Abend in der Fernsehsendung „Report“ seine Enttäuschung darüber, dass er nicht in die Beratungen einbezogen worden sei. Die Schließung der Gerichte könnte zwar Kosten einsparen, dennoch müssten die Fälle weiterhin verhandelt werden, sagte Kanduth.

Rudi Vouk: Droht die Ghettoisierung des slowenischen Gerichtswesens?

(aus Novice, Klagenfurt; Nr.25, S.4 und 5, 26.6.2026, A.d.Ü.)

„In der Novelle ist nicht das gesamte zweisprachige Gebiet erfasst, sind doch Rosegg und die Orte westlich von Rosegg nicht vorgesehen, Klagenfurt aber ist ausgenommen. Darüber hinaus werden in Bleiburg und

Ferlach Apartheidgerichte eingeführt, wenn es dabeibleibt, wenn sie nicht zur Vernunft kommen und diesen Versuch der Ghettoisierung des slowenischen Gerichtswesens beseitigen werden.“